

eingehende Untersuchung über die Konkurrenzfähigkeit der drei in Betracht kommenden Werktypen: Wasserkraftwerk, Dampfkraftwerk und Dieselkraftwerk an und kommt zu dem Ergebnis, dass die Konkurrenzfähigkeit des Wasserkraftwerkes mit dem Dieselwerk bei 2900 und mit dem Dampfkraftwerk bei 3600 Betriebsstunden beginnt und dass bei einer von 2100 Betriebsstunden angefangen abnehmenden Betriebsstundenzahl weder das Dampfkraftwerk noch das Wasserkraftwerk mit dem Dieselkraftwerk konkurrenzfähig sind. Dies gilt jedoch bloss bei Zugrundelegung einer Leistungsbasis von 1000 Kilowatt und unter der Voraussetzung, dass die Werke nicht amortisiert sind. Sehr wesentlich ändern sich diese Konkurrenzbedingungen, wenn keine Kapitalschuld mehr besteht. Wenn auf die Abfallkraftverwertung Rücksicht genommen wird, verschieben sich die Konkurrenzbedingungen zugunsten des Wasserkraftwerkes. Der Berichterstatter kommt in diesem Zusammenhang auf die in der letzten Zeit vielfach aufgestellte Behauptung von der sinkenden Tendenz der Kohlenpreise zu sprechen, was als Argument benützt werde, um der Bevorzugung von Dampfkraftwerken und ganz allgemein von kalorischen Kraftwerken das Wort zu reden. Demgegenüber verweist der Berichterstatter darauf, dass bei den Gesteungskosten der Kohlen die lohtangende zu 60 Prozent den hervorragenden Anteil an den Gesteungskosten hat, woraus sich ergibt, dass eine sinkende Tendenz der Kohlenpreise nur dann zu konstatieren wäre, wenn auch die Weltmarktlöhne eine sinkende Tendenz zeigen würden was gerade hinsichtlich der Bergarbeiterlöhne, die am meisten hinter allen Löhnen zurückgeblieben sind, gewiss nicht behauptet werden kann. Ausserdem ^{was} liegt eine der wesentlichsten Ursachen der jetzigen Kohlenpreissenkung in den Folgen des englischen Kohlenarbeiterstreiks. Dazu kommen noch eine Reihe anderer Überlegungen, die ^{gegen} eine sinkende Tendenz der Kohlenpreise sprechen. Ausserdem wird in dem Masse als man die in der Kohle enthaltenen Werte restloser auszunützen vermag, deren Verwendung als direkter Brennstoff immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden, mit dem preismässigen Erfolg, dass die Kohle nicht billiger sondern teurer wird. Sobald einmal der Kampf zwischen den grossen in Betracht kommenden Petroleumkonzernen beigelegt sein wird, wird das dumping vom Oel aufhören, dass Oel wird teurer werden und auch die Kohle muss dann teurer werden. Der Berichterstatter erörtert sodann eingehend die Frage ob im einzelnen Fall die Errichtung gemeindeeigener Leitungs- und Verteilungsanlagen oder Fremdstrombezug vorzuziehen sei und stellt fest, dass die Entscheidung dieser Frage letzten endes von den zu erwartenden Ausnützungsgrad von der Zahl der Benützungstunden pro Jahr abhängt und dass sie zum Vorteil der Gemeinde nur durch sorgfältigste technische Erwägungen zu lösen ist. Auch für die Ermittlung des richtigen Stromtarifes dürfen lediglich wirtschaftliche Momente massgebend sein. Der Berichterstatter bespricht sodann die einzelnen Arten der Tarife und bemerkt dass nach dem Urteil aller Fachleute den Gebührentarif die Zukunft gehört, weil er die beiden Hauptforderungen insich vereinigt; Befriedigung des Konsumenten wie der Elektrizitätsanlage. (Lebhafter Beifall).

In der Debatte sprechen Bürgermeister Dr. Eder (Innsbruck), Bürgermeister Baran (Krems) Vizebürgermeister Pichler (Klagenfurt), Bürgermeister Dr. Swoboda (Pottendorf), Bürgermeister Regner (Knittelfeld) und Stadtrat Steiner (Klagenfurt).

Es wird folgende Resolution einstimmig angenommen: In allen Fällen, welche die Elektrizitätswirtschaft der Gemeinden berühren und finanziell und technisch wirtschaftlich einschneidender Bedeutung sind, hat es sich erfahrungsgemäss als vorteilhaft erwiesen, wenn die Gemeinde vor endgültiger Entscheidung das eigene Urteil an der Aeusserung einer objektiven Stelle überprüft, die nichtso lokal eingestellt ist, weil es die verantwortlichen Faktoren der Gemeinde in der Regel

sein müssen. Die Einholung einer solchen Meinungsäusserung hat auch den Zweck ungesäumt und mit den geringsten Opfern aus den Erfahrungen Nutzen zuziehen, die anderwärts in der zu behandelnden Frage bereits gemacht worden sind. Als die Stelle ^{wo} dieser Nutzen zu schöpfen war hat sich das Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaftsamt erwiesen. Die Hauptversammlung des Städtebundes spricht diesem Amt den Dank aus für die stets erwiesene Hilfsbereitschaft, die wertvollen Ratschläge und die Förderung der Lebensnotwendigkeiten der Gemeinde auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft und erwartet von ihm, dass es weiterhin ohne zentralistische Neigungen gleich objektiv die Gemeinden in dem Bestreben unterstützen wird, die Wasserkräfte und Elektrizität ihren Bedürfnissen dienstbar zu machen.

Die Verhandlungen des Städtebundes werden morgen um halb zehn Uhr vormittags fortgesetzt.

Rathauskorrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur 58
Karl Honay

Wien, am Samstag, den 25. Febr. 1928. (2. Ausgabe).

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag, den 28. Februar, um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, den 2. März, um 5 Uhr nachmittags einberufen.

Kunstprieze der Stadt Wien. Wie schon gemeldet, hat der Wiener Gemeinderat auch für heuer je einen Kunstpreis von dreitausend Schilling für hervorragende Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Malerei, Bildhauerei, Architektur) gewidmet. Die Kunstpreise werden nach den Vorschlägen des Preisrichterkollegiums und den Beschlüssen des Stadtsenates am 1. Mai verteilt. Die Bewerbung steht allen in Wien lebenden und wirkenden Künstlern offen. Die Anmeldungen und die angemeldeten Kunstwerke sind bis längstens 29. Februar bei der Direktion der städtischen Sammlungen I., Neues Rathaus, einzureichen.

Die Gebühren für die amtlichen tierärztlichen Untersuchungen von Vieh und Fleisch. Die Grundgebühr der Gebühren für die Vornahme amtlicher tierärztlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch und für die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die im Wiener Eisenbahn- und Schiffstationen ein- und ausgeladen werden, beträgt wie im Februar auch für die Zeit vom 1. bis zum 31. März 1928 Schilling.

Das Stefaniespital als Arbeitslosenfürsorgestelle. Im Laufe der nächsten Tage werden die letzten Patienten das Stefaniespital verlassen haben. Die Lage des Spitals an einer grossen lärmenden Verkehrsstrasse, der vollkommene Mangel eines Parkes und die vollkommen veraltete Bauweise machen es begreiflich, dass man sich entschloss dieses kleine nur 80 Betten fassende Krankenhaus aufzulassen. Wenn nun das Gebäude auch nicht mehr als Spital dienen kann, so wird es doch in Hinkunft wichtigen sozialen Zwecken gewidmet sein. Die räumliche Not, unter die Arbeitslosenfürsorgestellen leiden, ist allgemein bekannt. Trotz aller Bemühungen ist es bisher nicht gelungen nennenswert zu helfen. Es ist deshalb begrüssenswert dass sich das Bundesministerium für soziale Verwaltung und das Wohlfahrtsamt der Gemeinde Wien dahin geeinigt haben, dieses Gebäude der Arbeitslosenfürsorge zu widmen. Es wird nicht schwer sein, das Gebäude für die neue Bestimmung geeignet zu machen. Es ist nur zu hoffen, dass es gelingen werde, innerhalb kurzer Zeit den Bau seiner neuen Bestimmung zu übergeben und dadurch wenigstens in einer Beziehung den Arbeitslosen zu helfen. Die Verhandlungen sind nahezu abgeschlossen und es ist zu erwarten, dass unmittelbar nach der vollständigen Räumung mit den Umänderungsarbeiten begonnen werden kann.